

Von Sacha Wigdorovits



Kinder aus Gaza, die – ähnlich wie bei der PR-Aktion von Beat Jans – nach Belgien gebracht wurden.

Am vergangenen Mittwoch hat das Zürcher Stadtparlament, der Gemeinderat, ein Postulat an die Stadtregierung überwiesen, welches die Aufnahme von kriegsgeschädigten Kindern aus Gaza und rund 80 Begleitpersonen verlangt.

Dass dieser Vorstoss je umgesetzt wird, ist unwahrscheinlich. Denn der Regierungsrat des Kantons Zürich weigert sich, bei dieser vom Bund initiierten Aktion mitzumachen. Er begründete dies mit gravierenden Sicherheitsbedenken in Bezug auf die Begleitpersonen der vom Krieg in Gaza verkehrten Kindern.

Zurecht. Da diese Begleitpersonen nur mit dem Segen der Hamas den Gazastreifen verlassen dürfen, ist davon auszugehen, dass sie entweder selbst der Hamas angehören oder ihr zumindest sehr nahestehen. Sonst hätte ihnen die Terrorgruppe nicht das Privileg gewährt, in die Schweiz auszureisen und hier um Asyl nachzusuchen – wie Bundesrat Beat Jans es ihnen in Aussicht gestellt hat.

Wenig erstaunlich ist, dass der Vorstoss im Zürcher Gemeinderat trotzdem eine



Schweizer Juden als nützliche Idioten der Hamas

Mehrheit fand. Denn das Stadtparlament wird von Rot-Grün dominiert. Also von zwei Parteien, die sich auf nationaler Ebene stets für die Palästinenser und gegen Israel einsetzen.

Frapportierend ist hingegen, dass der Vorstoss auch von jüdischer Seite unterstützt wurde. So hatte sich im Vorfeld der Ratsdebatte das «Jüdische Forum Schweiz – Gescher» in einem Email an sämtliche Gemeinderatsfraktionen gewandt, mit der Bitte, das Postulat zu unterstützen.

Dem Zürcher Regierungsrat warf Gescher wegen dessen Weigerung, sich an der Aktion des Bundes zu beteiligen, «eine Haltung voll rassistischer Untertöne» vor. Als unbegründet wies Gescher die Sicherheitsbedenken der Kantonsregierung zurück. Schliesslich würden die aus Gaza ausreisenden Personen «von mehreren schweizerischen und internationalen Instanzen sorgfältig überprüft, um höchste Sicherheitsstandards zu gewährleisten.»

Diese Behauptung von Gescher ist im besten Fall naiv, in jedem Fall aber falsch. Denn in Gaza bestimmt Hamas, wer ausreisen darf, die israelische Regierung ist noch so froh, wenn Hamas-Angehörige aus dem Gazastreifen ins Exil fernab von Israel emigrieren, und der Nachrichtendienst des Bundes hat keinerlei Möglichkeit, die Identität dieser Personen zu überprüfen.

Das Email von Gescher an die Zürcher Gemeinderatsfraktionen ist deshalb ein Beweis dafür, dass es auch in der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz «nützliche Idioten» (Leon de Winter) hat, welche mit ihren unbedachten Aktionen die Hamas unterstützen.

Die gute Nachricht ist: Es sind nur wenige. Das Email von Gescher an die Zürcher Gemeinderäte ist zwar verfasst im Namen von «jüdischen Menschen in Zürich». Doch das tönt nach mehr, als es in Wirklichkeit ist. Denn unterschrieben ist der Aufruf nur von sieben Personen: Den Vorstandsmitgliedern von Gescher.

Dazu gehört Dina Pomeranz, die als Professorin an der Universität Zürich UZH tätig ist – die also für eben diesen Regierungsrat arbeitet, dem sie Rassismus vorwirft. Dass dies für sie Konsequenzen haben könnte, muss Pomeranz aber nicht befürchten.

So beantwortete die Vorsteherin des kantonalen Bildungsdepartements, Regierungsrätin Silvia Steiner, eine entsprechende Anfrage von FokusIsrael.ch mit



den Worten: «Die UZH ist eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Die Bildungsdirektorin ist nicht die Chefin der Uni-Angestellten und greift auch nicht in personalrechtliche Fragen ein.»

Grundsätzlich, so Steiner weiter, gelte aber für alle kantonalen Angestellten, dass sie sich trotz Treuepflicht auf die Meinungsäusserungsfreiheit berufen könnten. Für die ehemalige Staatsanwältin ist es demnach keine Verletzung der Treuepflicht, wenn man die eigenen Chefs öffentlich als «Rassisten» beschimpft.

Ob jene 500 Personen, die 2024 Gescher bei der Gründung unterstützt hatten, sich mit dem Email an den Gemeinderat identifizieren können ist fraglich.

„Selbstverständlich sind die Personen, welche das offene Statement vom Sommer 2024 unterzeichnet hatten, dadurch weder automatisch Mitglieder noch mitverantwortlich für Aussagen des Gescher-Vorstands.“, sagt Geschäftsführerin Timrah Schmutz.

Zu den Gescher-Unterstützern gehörten 2024 auch Edi Rosenstein und Arthur Braunschweig, die am 8. Dezember als Co-Kandidaten zur Präsidiumswahl der grössten jüdischen Gemeinde der Schweiz, der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich, ICZ, antreten. Dies ist deshalb pikant, weil sich die ICZ in einer eigenen Stellungnahme an den Zürcher Regierungsrat mit scharfen Worten vom Email von Gescher distanziert hat.

Dem ehemaligen Gescher-Mitunterzeichner Edi Rosenstein ist es deshalb beim Email des Vereinsvorstandes nicht wohl. «Ich habe mit diesem Email nichts zu tun und wusste im Vorfeld auch nichts davon, denn ich bin weder Teil der Gescher-Organisation noch Mitglied des Vereins», gibt Rosenstein auf Anfrage bekannt (obschon er auf der Webseite von Gescher immer noch als Mitunterzeichner des Gründungs-Statements aufgeführt ist). Und weiter: «Ich finde die Tonalität des Appells und gewisse Formulierungen nicht gut».

Inhaltlich mag sich Rosenstein im Gegensatz vom Mail des Gescher-Vorstandes allerdings nicht distanzieren. Zur grundsätzlichen Frage, ob die Schweiz Kinder und Begleitpersonen aus Gaza aufnehmen solle oder nicht, sagt er nur: «Das kann man so oder so sehen.»

Noch nicht geäussert hat sich bei Veröffentlichung dieses Beitrags Rosensteins Partner für die ICZ-Präsidiumswahl und Gescher-Mit-Supporter Braunschweig.



Schweizer Juden als nützliche Idioten der Hamas

Ganz anders die Gegenkandidatin von Rosenstein und Braunschweig für die Wahl als ICZ-Präsidentin, Noëmi van Gelder. Sie verurteilt unmissverständlich das Gemeinderats-Email des Gescher-Vorstands: „Dass Gescher dem Regierungsrat rassistische Motive unterstellt, ist anmassend, politisch unverantwortlich und repräsentiert nicht die jüdische Gemeinschaft der Schweiz.»

Sie sei dem Zürcher Regierungsrat sehr dankbar für seine sorgfältige sicherheitspolitische Einschätzung, sagt van Gelder. «Die Sicherheitsbedenken vieler jüdischer Zürcherinnen und Zürcher sind real, und der Regierungsrat nimmt sie ernst.» Hilfe für die Kinder von Gaza müsse in der Region geschehen, ohne Sicherheitsrisiken für die Bevölkerung in der Schweiz.





Schweizer Juden als nützliche Idioten der Hamas

Von klein auf indoktriniert, Juden umzubringen: Solche Kinder und ihre Angehörigen werden jetzt auch in die Schweiz gebracht.

Sacha Wigdorovits ist Präsident des Vereins Fokus Israel und Nahost, der die Webseite fokusisrael.ch betreibt. Er studierte an der Universität Zürich Geschichte, Germanistik und Sozialpsychologie und arbeitete unter anderem als USA-Korrespondent für die Sonntagszeitung, war Chefredaktor des BLICK und Mitbegründer der Pendlerzeitung 20minuten.